



## Niederschrift

### 10. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 15.10.2009
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:15 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Marquardt, Kulturscheune

---

#### Anwesend sind:

Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE	
Frau Oldenburg, Brigitte	DIE LINKE	anwesend ab 18:22 Uhr (TOP 2)
Herr Wollenberg, Stefan	DIE LINKE	anwesend ab 18:20 Uhr (TOP 2)
Herr Dr. Seidel, Christian	SPD	Sitzungsleitung
Herr Dr. Wegewitz, Hagen	SPD	
Herr Dünn, Hans-Wilhelm	CDU/ANW	
Herr Rietz, Klaus	CDU/ANW	
Herr Menzel, Andreas	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Herrn Naber
Herr Teuteberg, Björn	FDP/Familienpartei	
Herr Becker, Hans	CDU/ANW	
Herr Dörschel, Jens	Grüne/B90	anwesend ab 18:30 Uhr (TOP 2)
Herr Krause, Marcus	SPD	
Herr Schwarze, Wolfgang	DIE LINKE	
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	

#### Nicht anwesend sind:

Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Dr. Otto, Ralf	SPD	entschuldigt
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Goericke, Stefan	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Henning, Tino	DIE LINKE	nicht anwesend
Herr Kleinert, Manfred	Aktionsbündnis N/W	nicht anwesend
Herr König, Andreas	Behindertenbeirat	entschuldigt
Frau Krüger, Jacqueline	FDP/FP	entschuldigt
Frau Lentz, Elke	SPD	entschuldigt
Herr Michalske, Hans-Peter	SPD	nicht anwesend
Herr Siebenhaar, Horst		entschuldigt
Herr Vogel, Andreas	DIE LINKE	entschuldigt

#### Gäste:

Herr Dr. Grittner, Wolfgang	Ortsvorsteher Marquardt
Herr Krüger, Hubertus	Oberförsterei Potsdam
Herr Mensch, Norbert	Ortsbeirat Groß Glienicke
Herr Becker, Reik	FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Bolze, Klaus-Dieter	Bereich Umwelt und Natur
Herr Linke, Klaus-Peter	Koordinierungsstelle Klimaschutz
Herr Dörrie, Axel	Bereich Stadtentwicklung/Verkehrsentwicklung
Herr Praetzel, Norbert	FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Schrewe, Michael	FB Ordnung und Sicherheit
Frau Spyra, Martina	Schriftführerin

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.09.2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Information der Oberförsterei über Tätigkeitsschwerpunkte
- 3 Wiedervorlagen
- 3.1 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)  
Vorlage: 09/SVV/0781  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Stärkung des ländlichen Raums innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 09/SVV/0835  
Fraktion CDU/ANW
- 4.2 Elektromobilität fördern  
Vorlage: 09/SVV/0839  
Fraktionen SPD, FDP/FP
- 4.3 Fußweg REWE-Markt Horstweg  
Vorlage: 09/SVV/0875  
Fraktion SPD
- 4.4 Linden in der Seepromenade erhalten  
Vorlage: 09/SVV/0843  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
- 4.5 Runder Tisch "Potsdamer Gewässer"  
Vorlage: 09/SVV/0844  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP/Familienpartei
- 4.6 Anwohnerparken in der Innenstadt  
Vorlage: 09/SVV/0869  
Fraktionen FDP/Familien-Partei, CDU/ANW
- 4.7 Parkraumbewirtschaftung Innenstadt  
Vorlage: 09/SVV/0870  
Fraktionen FDP/Familien-Partei, CDU/ANW
- 4.8 Parkraumbewirtschaftung  
Vorlage: 09/SVV/0889  
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP/FP
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Winterdienst auf Fuß- und Radwegen  
Vorlage: 09/SVV/0583  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Berichte und Informationen

**Protokoll:****Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung der Sitzung****zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.09.2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Dr. Seidel.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

**Bestätigung der Tagesordnung:**

Herr Dr. Seidel weist auf die als Tischvorlage ausgereichte Nachtragstagesordnung hin. Diese war erforderlich, da nicht alle Drucksachen, die vorsorglich auf die Tagesordnung gesetzt wurden, in den KOUL-Ausschuss überwiesen wurden.

Er schlägt vor, die Drucksache 09/SVV/0839 (Elektromobilität fördern) erst nach 19:30 Uhr aufgerufen, da Herr Linke, der den Antrag verwaltungsseitig bearbeitet vorher noch eine andere Veranstaltung wahrnehmen muss.

Dem Ausschussvorsitzenden liegt ein Antrag auf Rederecht zur Drucksache 09/SVV/0843 (Linden in der Seepromenade) von Herrn Mensch (Mitglied des Ortsbeirats Groß Glienicke) vor.

Er bittet um Abstimmung zur Nachtragstagesordnung sowie zum Rederecht.

*Der Tagesordnung und den Rederechten wird zugestimmt.*

**Bestätigung des Protokolls vom 17.09.2009****Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

*Dem Protokoll wird zugestimmt.*

Der Ortsvorsteher des Ortsteils Marquardt, Herr Dr. Grittner begrüßt die Mitglieder und Gäste des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung in der Kulturscheune und informiert über die Besonderheiten und auch die Probleme des Ortsteils.

Die Kulturscheune wurde im April 2008 als kulturelles Zentrum für die „Nordgemeinden“ fertiggestellt.

Herr Teuteberg fragt, wie oft die Kulturscheune genutzt wird. Herr Dr. Grittner informiert, dass Veranstaltungen der ortsansässigen Vereine, der Freiwillige

Feuerwehr, von Schule und die Kita sowie deren Fördervereine in der Kulturscheune durchgeführt werden. Aber auch die Möglichkeit der privaten Nutzung für Familienfeiern und Betriebsjubiläen sind gegeben. Träger ist der "Kultur- und Heimatverein Wublitztal e. V", Eigentümer der Liegenschaft ist der Kommunale Immobilienservice der Landeshauptstadt Potsdam.

## **zu 2 Information der Oberförsterei über Tätigkeitsschwerpunkte**

Herr Krüger (Leiter der Oberförsterei Potsdam) informiert, dass die Oberförsterei Potsdam ca. 11.000 Hektar Wald bewirtschaftet, von denen ca. 5.200 Hektar in der Landeshauptstadt Potsdam liegen. Zum Verantwortungsbereich der Oberförsterei Potsdam gehören sechs Revierförstereien. Der Zuständigkeitsbereich der Oberförsterei Potsdam umfasst u.a. Stadt Potsdam mit allen Ortteilen sowie Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf, Nuthetal, Michendorf, Dallgow Döberitz. Alle Potsdamer Wälder haben Erholungswert, aber auch Trinkwasser- oder Lärmschutzfunktion.

Herr Krüger verweist auf die Neuorganisation des Landesbetriebes Forst Brandenburg, wonach die Zahl der Oberförstereien auf ca. ein Drittel zurückgehen soll.

Derzeit sind in der Oberförsterei Potsdam 23 Mitarbeiter beschäftigt. Es werden jeweils zwei Azubis in einer dreijährigen Ausbildung zum Forstwirt ausgebildet.

Anschließend erörtert er die Aufgaben der Forstbehörde. Die Forstbehörde führt auch behördliche Tätigkeiten durch, zu denen z.B. auch die enge Zusammenarbeit mit dem Bauaufsichtsamt und der Stadtplanung gehören.

Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die Öffentlichkeitsarbeit und die Waldpädagogik.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich ist die Forstaufsicht. Ein Hauptproblem ist hier das unbefugte Befahren der Wälder und das Parken in den Waldrändern.

Als Beispiel führt er den Waldbereich am Friedhof an und weist darauf hin, dass hier in Gesprächen mit der LHP eine Klärung herbeigeführt werden muss, wenn an dieser Stelle das Parken ermöglicht werden soll.

Er weist darauf hin, dass das geringe Forstverständnis der Bevölkerung ein großes Problem ist. Ein weiteres Problem sind erhebliche Mengen an Müll, die illegal im Wald abgeladen werden.

Besonderheiten in Potsdam sind aus seiner Sicht, die Beteiligung an Maßnahmen der Stadtentwicklung, Bau von Wegen und Straßen. Hierfür spricht er beispielhaft den Mauerrundweg an. Auch der Trinkwasserschutz und die touristischen Schwerpunkte sind wichtig. Aufgrund der hohen Brandgefahr in den Wäldern wird eine enge Zusammenarbeit mit der Feuerwehr gepflegt.

Abschließend lädt er den Ausschuss ein, eine Sitzung in der Waldschule im Wildpark durchzuführen.

Herr Teuteberg fragt, ob die Landeshauptstadt Potsdam sich wegen der Einsparungen der Personalstellen Sorgen machen soll. Er fragt Herrn Krüger, ob er mit der Zusammenarbeit mit der LHP zufrieden ist.

Herr Dr. Seidel hat den Eindruck gewonnen, dass es eine gute Kooperation gibt und fragt, ob zu fürchten sei, dass es hier als Folge der Personaleinsparungen eine Verschlechterung geben könnte.

Herr Krüger weist darauf hin, dass insgesamt ca. 900 Mitarbeiter ausscheiden. Auch in Potsdam wird sich dadurch die Betreuungsintensität verändern. Verbindliche Aussagen können aber noch nicht getroffen werden. Die Zusammenarbeit mit der LHP wird als „normal“ eingeschätzt. Bei zwingenden Verfahren wird die Forstbehörde einbezogen. Grundsätzlich fühlt er sich durch die LHP akzeptiert und rechtzeitig einbezogen.

Herr Menzel nimmt Bezug auf die Klimaveränderung und weist darauf hin, dass Nadelbäume für die Wasserspeicherung nicht so gut sind, wie Laubbäume. Was tut hier die Oberförsterei Potsdam?

Herr Krüger erklärt, dass Kieferbestände ausgelichtet und mit Buchenbeständen unterpflanzt werden, da die Buche optimal für die Wasserspeicherung ist. Es ist festzustellen, dass bestimmte Baumarten, die bisher in Potsdam sehr selten waren, plötzlich sehr gut wachsen. Die Alteichen sind im Gegensatz dazu stark abgängig. An deren Stellen werden neue Eichen gepflanzt.

Herr Dr. Wegewitz spricht das Parken im Waldstück am Neuen Friedhof an und fragt, ob es Überlegungen gibt z.B. durch das Ablegen von Baumstämmen dem potenziellen Parkplatzsucher zu signalisieren, dass an dieser Stelle das Parken nicht möglich ist.

Herr Krüger erklärt, dass in solchen Fällen dann aus Sicherheitsgründen genormte Stahlschranken aufgestellt werden müssen, da diese Sperren sonst ein unkalkulierbares Risiko darstellen, für das der Eigentümer bei einem Unfall haften muss. Dies ist aus Kostengründen nicht zu realisieren.

Frau Oldenburg spricht die Forstreform an, die laut Aussage von Herrn Krüger noch nicht abgeschlossen ist. Sie fragt, wie im ordnungsbehördlichen Bereich Verbesserungen in Bezug auf Müllsünder erzielt werden können und ob es die Möglichkeiten gibt, die Müllsünder in Haftung zu nehmen. Gibt es andere Behörden, die in das Problem einbezogen werden können?

Herr Krüger erklärt, dass die Zahlen zur Forstreform feststehen und Gegenstand der Haushaltsplanung sind. Die Zuteilung der Mitarbeiter zu den einzelnen Aufgaben ist noch nicht jedoch noch nicht erarbeitet. Die Müllbeseitigung wird weiterhin erfolgen, aber möglicherweise in größeren Intervallen.

Frau Müller nimmt Bezug auf den Wunsch, dass die LHP die weggefallenen Arbeiten der Forstbehörde übernehmen sollte. Sie weist darauf hin, dass es keine ABM-Maßnahmen mehr gibt. Eine Kompensation von Seiten der Stadt ist aufgrund der Haushaltsituation der LHP nicht möglich.

### **zu 3        Wiedervorlagen**

#### **zu 3.1     Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung) Vorlage: 09/SVV/0781**

Herr Dr. Seidel erinnert daran, dass die Drucksache mit der Maßgabe vertagt wurde, dass durch die Verwaltung ein abgestimmter Vorschlag unterbreitet wird.

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) erklärt, dass die Verwaltung dem Vorschlag der letzten Sitzung des KOUL-Ausschusses folgen und eine Arbeitsgruppe bilden möchte.

Daraufhin schlägt Herr Dr. Seidel vor, dass aus allen Fraktionen ein Vertreter in der Arbeitsgruppe mitwirken sollte. Interessenbekundungen können bei Frau Spyra eingereicht werden, um dann an Herrn Becker weitergeleitet zu werden.

*Die Drucksache wird erneut vertagt.*

#### **zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### **zu 4.1 Stärkung des ländlichen Raums innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 09/SVV/0835**

Herr Rietz bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Bolze (Bereich Umwelt und Natur) weist darauf hin, dass die Einbeziehung der Ortsteile bereits praktiziert wird.  
Er regt, den Antrag zu modifizieren und auf die Kernaussagen zu konzentrieren.

Frau Müller ergänzt, dass die Verwaltung sehr genau darauf achtet, dass alle Satzungen, die die Ortsteile betreffen, zur Beratung in die Ortsbeiräte überwiesen werden und somit der Punkt 2 des Antrages erfüllt ist.

Herr Dörschel spricht den Punkt 3 des Antrages an und äußert Zweifel, dass es beispielsweise in Bornstedt strukturell die selben Probleme gibt, wie etwa in Satzkorn oder Marquardt.

Herr Dr. Seidel schließt sich dem an und rät davon ab, der im Antrag vorgeschlagenen Definition des ländlichen Raumes zu folgen.

Herr Rietz betont, dass die Ortsbeiräte aus seiner Sicht einen sehr hohen Stellenwert haben und weist darauf hin, dass es z.B. in Bornim keinen Ortsbeirat gibt. Er bittet, eine klare räumliche Abgrenzung für den ländlichen Raum zu finden.

Für Frau Oldenburg ist der Antragstext nicht nachvollziehbar. Sie könnte sich vorstellen, dass der ländliche Raum unter dem Aspekt des Einsatzes bestimmter, für den ländlichen Raum geltender Förderinstrumente betrachtet wird. Eine territoriale Umgrenzung des ländlichen Raumes scheint ihr nicht sinnvoll.

Herr Menzel macht darauf aufmerksam, dass die Ortsbeiräte bereits beteiligt werden.

Herr Dr. Seidel empfiehlt Herr Rietz, den Antrag mit der Maßgabe der Beratung im Arbeitskreis „Ländlicher Raum“ zurückzustellen.

Herr Rietz stellt den Antrag zurück mit der Maßgabe der Beratung im Arbeitskreis „Ländlicher Raum“.

Herr Bolze greift dies auf.

*Der Antrag wird zur Beratung im Arbeitskreis „Ländlicher Raum“ zurückgestellt.*

**zu 4.2     Elektromobilität fördern**  
**Vorlage: 09/SVV/0839**

Herr Dr. Seidel bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Linke (Koordinierungsstelle Klimaschutz) informiert, auf der Grundlage des Beschlusses DS 08/SW/0707 „Aufstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes“ seitens der Verwaltung Fördergelder beim Bund beantragt wurden. Ende August erhielt die LHP den Zuwendungsbescheid. Infolgedessen befindet sich die Konzeption in der Ausschreibungsphase. Nach den Verfahrensvorschriften zur Auftragsvergabe wird die Auslösung der Aufträge Anfang Dezember erfolgen. Es ist das definierte Ziel bis zum 30.06.2010 ein gesamtstädtisches, integriertes Klimaschutzkonzept zu erstellen. In diesem Konzept sollen innovative Mobilitätsansätze, unter anderem auch die Nutzung der Elektromobilität, zur Vermeidung und Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes aufgrund verkehrlicher Belastungen untersucht und konzipiert werden.

Er weist darauf hin, dass es in der Bundesrepublik insgesamt 8 Modellregionen gibt. Eine ausgewählte Modellregion ist Berlin-Potsdam. Die Landeshauptstadt Potsdam möchte sich mit zwei konkreten Projekten einbringen.

Herr Dörrie (Bereich Stadtentwicklung/Verkehrsentwicklung) ergänzt, dass sich Potsdam am Programm im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens mit dem Thema „Elektrofahrräder“ beteiligt hat.

Frau Oldenburg fragt, wie sich der Verwaltung gegenüber der Bedarf an Elektromobilität darstellt.

Herr Linke antwortet, dass z.B. die Entwicklung von Elektroautos von sehr vielen Faktoren, wie beispielsweise von der Industrie, abhängig ist.

Herr Dr. Seidel **ergänzt den Antrag** um folgenden Satz:

*„Die Bestrebungen dafür, den Potsdamer Anteil im Rahmen der Modellregion Berlin-Potsdam zu stärken, werden nachdrücklich unterstützt.“*

**Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, orientiert an den Zielen des Verkehrsentwicklungsplans, des Nahverkehrsplans und des Klimaschutzprogramms den politischen Handlungsbedarf für das Modellprojekt Elektromobilität zu ermitteln, sowie die notwendige Ladeinfrastruktur planerisch vorzubereiten und die Genehmigung zu befördern. Privatwirtschaftliche Projektaktivitäten z.B. mit touristischer Ausrichtung sind zu integrieren und eine Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten der Region anzustreben.

**Die Bestrebungen dafür, den Potsdamer Anteil im Rahmen der Modellregion Berlin-Potsdam zu stärken, werden nachdrücklich unterstützt.**

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Februar 2010 einen Bericht über den Stand der Aktivitäten zu erstatten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:        9

Ablehnung:           0

Stimmenthaltung:   0

*Dem ergänzten Antrag wird zugestimmt.*

**zu 4.3 Fußweg REWE-Markt Horstweg  
Vorlage: 09/SVV/0875**

Herr Schrewe (FB Ordnung und Sicherheit) informiert über den Ortstermin vom 08.10.2009 an dem auch der Behindertenbeauftragte und ein Vertreter des der Behindertenverband beteiligt waren.

Im Ergebnis des Ortstermins konnte übereinstimmend festgestellt werden, dass die bauliche Herstellung einer Mittelinsel das geeignetste Mittel ist, um die größtmögliche Sicherheit für die Fußgänger zu gewährleisten.

Die Einrichtung eines Fußgängerüberweges kann unter Berücksichtigung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften von der Straßenverkehrsbehörde nicht angeordnet werden.

Darauf erwidert Herr Dr. Wegewitz, dass die Einrichtung eines Fußgängerüberweges in einer Tempo 30 Zone bei entsprechender Kraftfahrzeugstärke bzw. Fußgänger-Querverkehr möglich ist. Er bittet um die Zählung des Fußgänger-Querverkehr sowie der Kraftfahrzeugstärke.

Herr Schrewe informiert, dass für die Ermittlung der Zulässigkeit eines Fußgängerüberweges die Verkehrsbelegung in der täglichen Spitzenstunde entscheidend ist. Hierzu wurden Verkehrszählungen durchgeführt. Ermittelt wurden ca. 150 Fußgänger bei ca. 1000 Fahrzeugen. Somit ist der Wert in der Richtlinie überschritten und die Fußgängerüberweg kann nicht angeordnet werden.

Herr Dr. Seidel **ergänzt den Antrag** wie folgt: „*Dem Ausschuss für KOUL ist im Dezember 2009 zu berichten.*“

**Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Sicherung der Straßenquerung An der Alten Zauche zum neuen REWE-Markt Horstweg (vgl. BV 09/SVV/297) ist umzusetzen.

**Dem Ausschuss für KOUL ist im Dezember 2009 zu berichten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Dem ergänzten Antrag wird zugestimmt.*

**zu 4.4 Linden in der Seepromenade erhalten  
Vorlage: 09/SVV/0843**

Herr Mensch (Ortsbeirat Groß Glienicke) äußert seine Sorge, dass eine Seite der Allee beseitigt wird und weist dabei auf die Gegenvorschläge hin, die bei der Verwaltung eingereicht wurde.

Er bittet zu überdenken, ob die ca. 40 Bäume erhalten werden können.

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Er macht deutlich, dass sich der Antrag nicht gegen den Gehweg richtet.

Herr Dr. Seidel fragt nach, ob sich der Ortsbeirat Groß Glienicke mit dem Antrag befasst hat.

Herr Menzel erklärt, dass dieser Antrag nicht in den Ortsbeirat überwiesen wurde, das Problem aber bereits diskutiert wurde.

Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) erklärt, dass das Verfahren noch nicht eröffnet ist. Es wird auch noch eine Planerwerkstatt durchgeführt.

Herr Dr. Seidel schlägt vor, den Antrag mit der Bitte zu vertagen, dass sich der Ortsbeirat Groß Glienicke damit befasst.

Herr Jäkel spricht sich für den Vorschlag des Ausschussvorsitzenden aus und bittet darum, dass dann in der Sitzung des KOUL-Ausschusses zum Tagesordnungspunkt eine Übersichtskarte gezeigt wird.

Herr Wollenberg bittet, dass dann auch das Ergebnis der Planerwerkstatt vorliegen sollte.

*Der Antrag wird zurückgestellt.*

#### **zu 4.5 Runder Tisch "Potsdamer Gewässer" Vorlage: 09/SVV/0844**

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Bolze (Bereich Umwelt und Natur) informiert, dass mit der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und deren Umsetzung im Land Brandenburg das Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) beauftragt wurde. Die Information der Öffentlichkeit erfolgt u.a. über drei regionale Gewässerforen und über eine Behörden-AG. In den Gewässerforen haben die Verbände (z.B. Naturschutzverbände, Wasser- und Bodenverbände), Körperschaften (z.B. Fischereigenossenschaften, Zweckverbände), Kommunen und sonstige interessierte Bürger die Möglichkeit ihre Belange vorzubringen. Die Landeshauptstadt Potsdam ist dem Bereich Nord-Nordwest zugeordnet. In der Behörden-AG sind die betroffenen Ressorts der Landesregierung, ihre nachgeordneten Landesämter und die Bundesschiffahrtsverwaltung vertreten.

Zur Zeit wird vom Landesumweltamt Brandenburg im Rahmen der Erarbeitung der Maßnahmenprogramme ein Gewässerentwicklungskonzept (GEK) für die Nuthe aufgestellt. Dazu wurde von einer zentralen LUA-Projektsteuerungsgruppe ein sogenannter Projektbegleitender Arbeitskreis (PAK) eingerichtet, um regionale Behörden, Verbände und Interessenvertreter möglichst früh einzubinden. Für das Stadtgebiet der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt dazu in Abstimmung mit dem vom Landesumweltamt beauftragten Dritten die Grundlagenerhebung zu diesem GEK.

Darüber hinaus ist es aus Sicht der Verwaltung nicht angezeigt, in Bezug auf die Umsetzung der WRRL weitergehende Städteigene Aktivitäten zu entfalten.

Zur Klärung der Rahmenbedingungen für die weitere Konkretisierung und zum Aufzeigen möglicher Wege zur Umsetzung der Planungen für die Uferzonen am Griebnitzsee und am Groß Glienicker See sind bereits in der Verwaltung entsprechende Projektgruppen gebildet worden. Die Klärung der im Antrag aufgeführten Anliegen, nämlich der Möglichkeiten der freien Zugänglichkeit dieser Gewässer und deren Ufer für die Allgemeinheit ist eines der zentralen Gegenstände dieser Projektgruppen.

Die Einbeziehung von Fachleuten aus anderen Behörden, des beteiligten Ortsbeirates und anderer für die Klärung der anstehenden Fragen relevanter Ansprechpartner erfolgt bereits in eigener Verantwortung dieser Projektgruppen. Aus der Steuerung der vorher genannten Projekte kann eine Mitwirkung an einem Runden Tisch „Potsdamer Gewässer“ ohne eine entsprechende zusätzliche personelle Unterstützung nicht zugesagt werden. Er bittet den Ausschuss, dem Antrag nicht folgen. Es sollte aber darüber nachzudenken, wie man die Situation verbessern könne.

Frau Oldenburg macht darauf aufmerksam, dass die beiden sehr komplexen Themen nicht an einem Runden Tisch zu klären sind. Sie wird dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Teuteberg spricht sich für den Runden Tisch aus, plädiert aber dafür, den Termin etwas später zu legen. Die Landeshauptstadt sollte aus seiner Sicht die Initiative ergreifen.

Herr Dr. Seidel macht darauf aufmerksam, dass ein öffentlicher Runder Tisch im Falle gleichzeitiger gerichtlicher Auseinandersetzungen (Zugänglichkeit von Uferzonen) kontraproduktiv sein könnte. Es sollte ein Verfahren beraten werden, wie der KOUL-Ausschuss informiert wird.

Herr Bolze erklärt, dass die Wasserrahmenrichtlinie die Ziele definiert und weist auf die einzelnen Beteiligungsverfahren hin. Er sagt zu, regelmäßig im KOUL-Ausschuss zu informieren.

Herr Dr. Seidel fragt nach einer Auflistung der berücksichtigten Potsdamer Einzelgewässer.

Herr Dünn schließt sich dem Vorschlag zur Entwicklung eines Informationsverfahrens für den KOUL-Ausschuss an.

Herr Jäkel unterstützt diesen Vorschlag ebenfalls.

Frau Müller schlägt vor, Gespräche mit dem Landesumweltamt (LUA) zu führen und einen Vertreter des LUA in den KOUL-Ausschuss einzuladen. Über das Ergebnis des Gespräches wird in der nächsten Sitzung informiert.

Herr Menzel stellt den Antrag zurück, bis ein Vertreter des LUA im Ausschuss berichtet.

*Der Antrag wird zurückgestellt.*

#### **zu 4.6 Anwohnerparken in der Innenstadt Vorlage: 09/SVV/0869**

Herr Teuteberg bringt den Antrag ein und erläutert diesen.

Herr Becker (Grün- und Verkehrsflächen) erklärt, dass dem Antrag seitens der Verwaltung grundsätzlich zugestimmt werden kann. Er macht deutlich, dass dies aber erst 2010 im Rahmen des Gesamtkonzeptes berücksichtigt werden könne.

Herr Teuteberg erklärt sich bereit, den Antrag zurückzustellen.

Frau Müller weist darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt, der durchaus beschlossen werden könne.

Er erfolgt eine kurze Verständigung und **gemeinsame Umformulierung des Antrages, die vom Antragsteller übernommen wird.**

**Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes**, in der Innenstadt (Alter Markt bis Hegelallee und Hebbelstraße bis Luisenplatz/Allee nach Sanssouci) **die Reduzierung** der Anwohnerparkbereiche auf einen **gemeinsamen** und eine Zusammenlegung nebeneinander liegender Anwohnerparkbereiche außerhalb des genannten Bereiches zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.*

**zu 4.7 Parkraumbewirtschaftung Innenstadt  
Vorlage: 09/SVV/0870**

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob in der Innenstadt parallel zu den Parkanwohnerzonen (deckungsgleich) eine einheitliche Parkraumbewirtschaftung mit Parkschein eingeführt werden kann. Ausnahmen sollen nur Kurzzeitparkzonen bilden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Dem Antrag wird zugestimmt.*

**zu 4.8 Parkraumbewirtschaftung  
Vorlage: 09/SVV/0889**

Herr Dünn bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass sich der Ortsbeirat Eiche in seiner nächsten Sitzung mit dem Antrag befassen wird und bittet, das Votum des Ortsbeirates abzuwarten.

Herr Dr. Seidel schlägt vor, der Bitte von Herrn Jäkel zu folgen und in der Pause der StVV am 04.11.2009 ein Votum des KOUL-Ausschusses abzugeben.

Herr Jäkel regt an, den **Antrag wie folgt zu ändern:**

*„Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit für die Straße „Am Mörtelwerk“*

*in den Parkbuchten vor den Einzelhandelsgeschäften Nr. 19 bis 21 während der*

*Geschäftszeiten das Parken in der Zeit von 08:00 – 18:00 Uhr auf ~~30~~ 60 Minuten beschränkt werden kann.*

*Das Ergebnis der Prüfung sollte in der ~~Novembersitzung~~ **Dezembersitzung** der SVV vorgetragen werden.“*

Herr Dünn übernimmt die Änderungen.

*Die Ausschussmitglieder einigen sich, in der Pause der StVV am 04.11.2009 auf der Grundlage des Votums des Ortsbeirates Eiche über den Antrag abzustimmen.*

## **zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 5.1        Winterdienst auf Fuß- und Radwegen Vorlage: 09/SVV/0583**

Herr Dr. Seidel fragt, ob der Winterdienst auf dem Radweg nach Caputh gewährleistet ist.

Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) antwortet, dass der Winterdienst für den Radweg in diesem Jahr in der Straßenreinigung enthalten ist. Im nächsten Jahr wird die Leistung neu ausgeschrieben.

Herr Menzel spricht Probleme bei der Straßenreinigung in Groß Glienicke an und bittet um Benennung eines Ansprechpartners.

Herr Praetzel weist auf die speziell eingerichtete Hotline der STEP hin.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

## **zu 6            Berichte und Informationen**

### **Umweltmonitoring**

Herr Tervooren (Bereich Umwelt und Natur) gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen umfassenden Überblick über das Umweltmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam.

Herr Menzel äußert, dass es sich das Umweltmonitoring als einen Teil des Nachhaltigkeitsberichtes vorstellen könne.

Herr Dr. Seidel schlägt vor, die Präsentation per e-Mail an alle Ausschussmitglieder zu versenden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Dr. Wegewitz fragt, ob es unter Beachtung des Datenschutzes die Möglichkeit gibt, Veröffentlichung gibt, oder die Karten zur Verfügung gestellt werden können.

Frau Müller schlägt vor, unter „www.potsdam.de“ einen Link zum Umweltmonitoring zu erstellen.

**zu 7      Sonstiges**

Herr Dr. Seidel erinnert an den Antrag zur Versetzung des Ortsschildes Golm und informiert, dass der Antrag bereits umgesetzt ist das Ortsschild und nun hinter dem Bahnübergang steht.

Anschließend fragt er, ob auf dem ehem. Kohlenlagerplatz am Werderschen Damm weitere Renaturierungsmaßnahmen vorgesehen sind.

Herr Bolze erklärt, dass vorgesehen ist, auf der entsiegelten Fläche am Werderschen Damm straßenseitig einen breiteren Pflanzstreifen zur Absicherung des Geländes sowie drei kleine zentral angeordnete Pflanzinseln als Initialflächen für eine gezielte Sukzession herzustellen. Der größte Teil der Fläche wird jedoch der natürlichen Sukzession überlassen.

**Nächster Ausschuss für KOUL: 19. November 2009; 18:00 Uhr**

**Dr. Christian Seidel  
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra  
Schriftführerin**